

## Etappen der europäischen Einigung

Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge zur Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) unterzeichnet. Die an dem Vertragswerk beteiligten Länder (Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) waren schon seit 1952 in der Montanunion zusammengeschlossen. Sie hatten sich 1956 darauf verständigt, den Aufbau Europas zunächst auf wirtschaftlichem Weg fortzusetzen. Der EWG-Vertrag sah nun die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die allmähliche Angleichung der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft vor. Neben einer Zollunion mit freiem Warenverkehr im Inneren und einheitlichen Zolltarifen nach außen standen eine gemeinsame Agrarpolitik und die Liberalisierung des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs auf dem Programm (letztere wurde aber erst mit dem Übergang zum Binnenmarkt 1993 verwirklicht). Dazu mussten die Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Souveränitätsrechte an die Gemeinschaft abgeben.

Die wirtschaftliche Dynamik der Gemeinschaft übte eine starke Anziehungskraft auf andere Staaten aus. So erweiterte sich die anfängliche Sechsergruppe 1973 um Dänemark, Großbritannien und Irland, 1981 um Griechenland, 1986 um Spanien und Portugal und 1995 um Österreich, Finnland und Schweden. 1990 kam auch Ostdeutschland unter das gemeinsame Dach. 2004/07 erhielt die Gemeinschaft weiteren Zuwachs durch zwölf Staaten aus Ost- und Südeuropa. 2013 folgte Kroatien als 28. Mitglied.

Wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch stets den Kern der europäischen Einigung ausmachte, blieb die Entwicklung doch nicht dabei stehen. So griff die Gemeinschaft mit dem **Vertrag von Maastricht** das ehrgeizige Ziel einer umfassenderen, politisch vertieften Europäischen Union auf. Der Vertrag eröffnete den Weg zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und einer engeren Zusammenarbeit in der Rechts- und Innenpolitik. Weitere Reformen folgten mit dem Vertrag von Amsterdam (1999) und dem Vertrag von Nizza (2003). Ende 2009 trat der **Vertrag von Lissabon** in Kraft, der wesentliche Elemente der zuvor gescheiterten EU-Verfassung aufnahm, um damit die Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern und ihre demokratischen Grundlagen zu stärken.

Mit der raschen Erweiterung der EU nahmen allerdings die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und politischen Divergenzen im Inneren zu, während die Gemeinschaft durch das in wichtigen Fragen weiterhin geltende Einstimmigkeitsprinzip an Entscheidungskraft verlor. Einen schweren Rückschlag für die Idee der europäischen Einigung bedeutete der EU-Austritt Großbritanniens Ende Februar 2020.



# So funktioniert die Europäische Union



## Europäischer Gerichtshof

Jeder EU-Staat entsendet drei Richter.<sup>1)</sup> Der Gerichtshof legt EU-Recht aus und wacht über Verträge der EU.



## Europäischer Rechnungshof

Jeder EU-Staat stellt ein Mitglied. Der Hof kontrolliert die Ausgaben der EU.

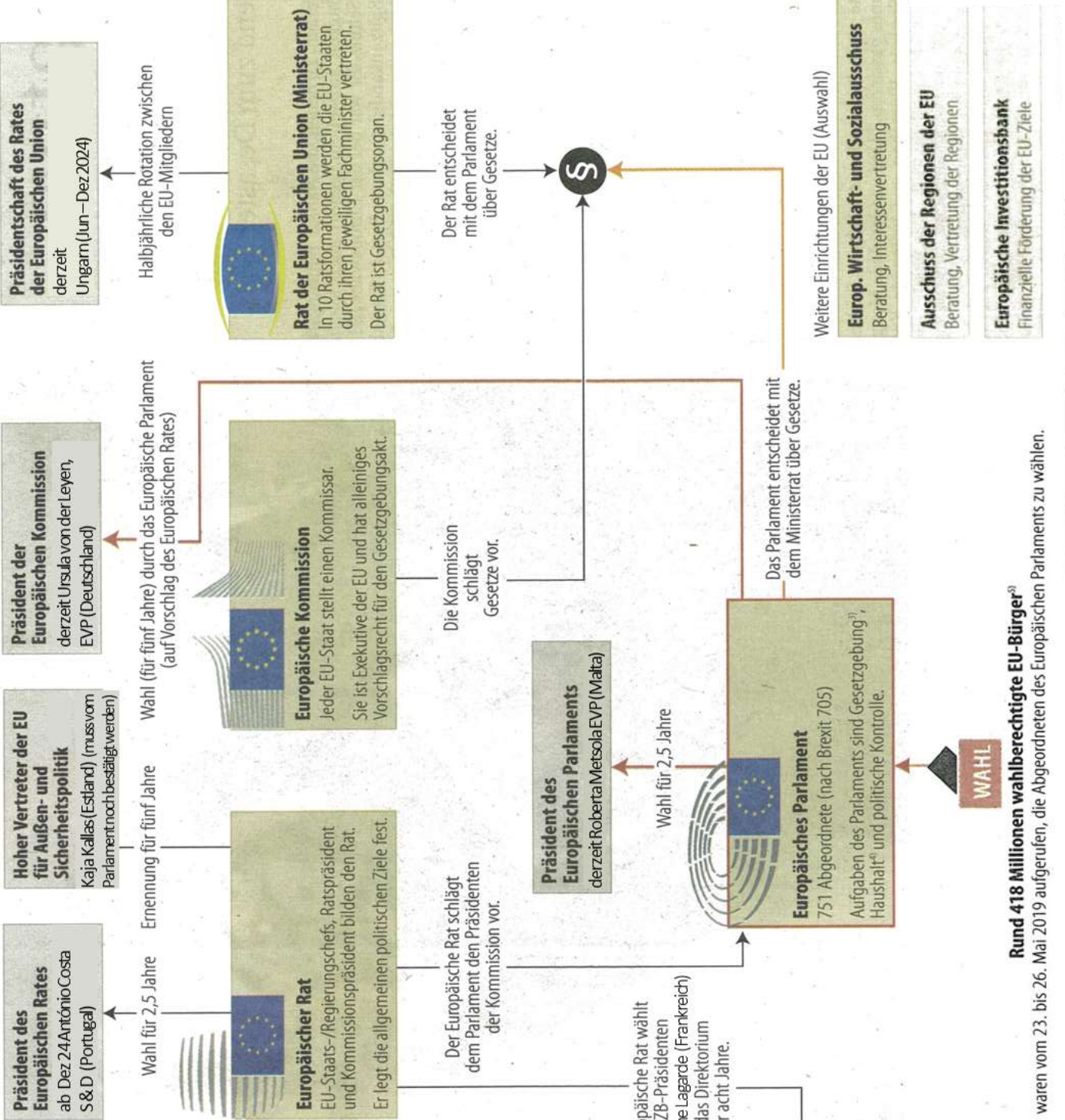


## Europäische Zentralbank

Mitglieder sind die Präsidenten der Zentralbanken der Eurostaaten und ein sechsköpfiges Direktorium. Betreibt die europäische Währungspolitik.

1) Je ein Richter für den Gerichtshof und (von 2019 an) zwei für das Gericht; den Gerichtshof unterstützen elf Generalanwälte 2) Der Außenbeauftragte ist einer von zwei Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und berat außerdem den Europäischen Rat. 3) Zusammen mit dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) 4) Beschließt Haushaltsplan gemeinsam mit dem Ministerrat. 5) Nach Angaben des Bundeswahlleiters.  
Quelle: Europäische Union/FA.Z - Grafik Bröcker

# Institutionen der EU



Rund 418 Millionen wahlberechtigte EU-Bürger<sup>2)</sup> wählen vom 23. bis 26. Mai 2019 aufgerufen, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen.

## Schengen: Europa ohne Grenzen

Offene Binnengrenzen sind eine der wichtigsten Errungenschaften der europäischen Einigung. 1985 hatten sich fünf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im luxemburgischen Schengen darauf verständigt, Personenkontrollen an den gemeinsamen Grenzen abzubauen. Zehn Jahre später, am 26.3.1995, trat das **Schengener Abkommen** in Kraft. Fortan waren die Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal zu einem Raum verbunden, an dessen Binnengrenzen keine Grenzkontrollen mehr stattfanden. Ab 1997 umfasste der Schengen-Raum auch Österreich und Italien; 2000 kam Griechenland hinzu; 2001 folgten die nordischen Staaten, einschließlich der Nicht-EU-Mitglieder Norwegen und Island. Ausgenommen blieben Großbritannien und Irland.

Der Vertrag von Amsterdam führte die Schengen-Zusammenarbeit 1999 in den **Rahmen der EU** über. Damit wurde sie 2004/07 auch zur Perspektive für die neuen Mitglieder im Osten und Süden der EU. 2007 erfüllten neun dieser Staaten die Voraussetzungen für die Öffnung der Binnengrenzen. Sie mussten vor allem in der Lage sein, ihre Außengrenzen zu überwachen. An den Grenzen der Schweiz hoben sich die Schlagbäume 2008; Liechtenstein trat 2011 bei. Erst 2023 erhielt der Schengen-Raum mit Kroatien ein weiteres Mitglied. Bulgarien und Rumänien verfehlten die Aufnahme, für die Einstimmigkeit im Europäischen Rat erforderlich ist. Sie wenden das Schengen-Recht wie Zypern weiterhin nur teilweise an.

Damit die Bewegungsfreiheit im Schengen-Raum nicht auf Kosten der **Sicherheit** geht, finden in den grenznahen Zonen mobile Kontrollen statt. Auch arbeiten die Polizeibehörden enger zusammen. Ein Kernelement ist das Schengener Informationssystem (SIS), ein Fahndungs- und Informationsnetz, an das alle Schengen-Staaten angeschlossen sind. Um illegale Einwanderung zu erschweren, harmonisierten die Schengen-Staaten ihre Visapolitik. Ein Visa-Informationssystem ermöglicht den Austausch von Daten über erteilte und verweigte Einreiseerlaubnisse. Ergänzend zu Schengen wurde im Dublin-Übereinkommen die asylrechtliche Zusammenarbeit geregelt.

So weit die Grundlagen des Europas der offenen Grenzen. Seit der „Flüchtlingskrise“ von 2015 wurden die Schengen-Regeln aber vielfach ausgehebelt. Mehrere Mitgliedstaaten nutzten die im Schengener Grenzkodex vorgesehene Möglichkeit, im Fall einer konkreten Bedrohung zeitweise wieder **Grenzkontrollen** einzuführen und verlängerten diese mit wechselnden Begründungen (illegale Zuwanderung, Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Waffenschmuggel, terroristische Gefahren) immer wieder neu.



# KOMMENTAR: Europawahl 2024: Ein Weckruf

Nach der Europawahl sind die demokratischen und pro-europäischen Kräfte im Europäischen Parlament geschwächt. Sie müssen die Zusammenarbeit deutlich verbindlicher gestalten, um verlässliche Mehrheiten für eine handlungsfähige EU sicherzustellen. [...]

12. Juni 2024 - Von [Jan Philipp Albrecht](#), [Eva van de Rakt](#), [Roderick Kefferpütz](#) und [Marc Berthold](#)

## Das Parlament rückt weiter nach rechts

Wie rückt das Europäische Parlament nach rechts? Die Antwort auf diese Frage ist relativ eindeutig: Nur die Fraktionen des rechten Spektrums verzeichnen im Vergleich zu ihrer Fraktionsstärke im scheidenden Parlament Zugewinne. Auch wenn es noch einige Wochen dauern wird, bis sich die Fraktionen endgültig konstituieren, ist klar, dass die konservative Europäische Volkspartei (EVP) nach derzeit vorliegenden Berechnungen mit 186 Mandaten (+10) stärkste Kraft ist. Außerdem haben die Rechtsaußen-Fraktionen der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) sowie Identität und Demokratie (ID) mit respektive 73 (+4) und 58 Sitzen (+9) dazugewonnen, wenn auch bei weitem nicht so viele Mandate wie vor der Wahl befürchtet. Ob diese beiden Fraktionen in der gegenwärtigen Form fortbestehen, sich weiter vergrößern – beispielsweise durch die derzeit fraktionslosen ungarischen Fidesz-Abgeordneten – oder ob es zu einer neuen, fusionierten Rechtsaußen-Fraktion kommt, ist noch unklar. Alle anderen Fraktionen haben Sitze verloren. Während die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) mit 135 Sitzen 4 Mandate verliert, verzeichnen die Liberalen (Renew) und Grünen/EFA (Grüne/Europäische Freie Allianz) herbe Verluste, mit jeweils 79 (-23) und 53 Sitzen (-18). Die Fraktion Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL bleibt mit 36 Sitzen stabil (-1). Ob linksnationale Parteien wie das neue Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW), die slowakische SMER-SSD und die italienische Movimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung) zu einer neuen Fraktion zusammenfinden, ist fraglich, denn für die Gründung einer Fraktion im EP müssen sich mindestens 23 Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten zusammenschließen. [...]

## Ein Rechtsruck mit politischen Nachbeben

Die Ergebnisse der Europawahl sind nicht überraschend, spiegeln sie doch Trends auf nationaler Ebene wider. Seit einigen Jahren verzeichnen rechtspopulistische Parteien in allen Regionen der EU signifikante Zugewinne. [...] In einigen Ländern ist der Rechtsruck besonders extrem ausgefallen und sorgt entsprechend für politische Nachbeben. In Belgien, wo parallel zur Europawahl auch ein neues nationales Parlament und die Regionalparlamente gewählt wurden, reichte der belgische Premierminister Alexander De Croo aufgrund des schlechten Abschneidens der Liberalen und der Erfolge der rechtsextremen Parteien seinen Rücktritt ein. In Frankreich löste Präsident Emmanuel Macron nach dem Wahlsieg des RN, der mit 31,4 Prozent ein doppelt so gutes Ergebnis wie Macrons Regierungsbündnis erzielte, die Nationalversammlung auf und kündigte für den 30. Juni und 7. Juli Neuwahlen an. [...] Die Alternative für Deutschland (AfD) landete vor der SPD und den Grünen mit 15,9 Prozent auf Platz zwei, obwohl gegen deren Spitzenkandidaten Maximilian Krah zwei Vorermittlungsverfahren wegen möglicher Bestechlichkeit und mutmaßlicher Zahlungen aus Russland laufen. Gerade mit Blick auf Frankreich und die ostdeutschen Bundesländer muss festgestellt werden, dass Rechtsextreme hier nahezu flächendeckend stärkste Kraft wurden. Die Tatsache, dass Emmanuel Macron und die Ampelregierung so geschwächt aus dieser Wahl hervorgehen, ist in Anbetracht der bedeutenden Rolle, die Frankreich und Deutschland in der EU spielen, eine der schlechtesten Nachrichten dieser Wahl. [...]

## Mehrheiten müssen verbindlicher organisiert werden

In der Vergangenheit baute das EP lange auf eine Mehrheit der Großen Koalition aus EVP und S&D. Diese begann allerdings schon in der letzten Legislaturperiode zu bröckeln, wodurch die Stimmen von Renew zur Beschaffung von Mehrheiten notwendig wurden. Jenseits dieser Koalition konnten bei bestimmten Abstimmungen auch alternative Mehrheiten mit den Grünen gebildet werden. Numerisch haben die EVP, S&D und Renew auch weiterhin eine Mehrheit im Parlament (400 von insgesamt <sup>2023</sup> 539 Sitzen), erst recht gemeinsam mit den Grünen/EFA (453 Sitze). Es gibt also weiterhin eine demokratische und pro-europäische

Mehrheit, sie ist aber geschrumpft und deutlich fragiler. Da es wegen der Pluralität der Parteien in den Fraktionen bei Abstimmungen häufig Abweichlerinnen und Abweichler gibt, ist die Frage, wie zukünftig stabile und verlässliche Mehrheiten organisiert werden. Diese Unsicherheit stellt nicht nur die Handlungsfähigkeit in zentralen Politikfeldern infrage, sie gefährdet auch die Rolle des Europäischen Parlaments als verlässliches Gegengewicht gegenüber illiberalen und nationalistischen Akteurinnen und Akteuren im Europäischen Rat, wie etwa Orbán und Meloni. [...]

## **Der europäische Grüne Deal als Lackmustest**

Mit dem Rückenwind der Klimabewegung kündigte die damals frisch gewählte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Dezember 2019 den europäischen Grünen Deal als „Man on the Moon Moment“ an, der die Bedingungen für den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft schaffen sollte. [...] Der Grüne Deal hat an Strahlkraft verloren. Ohne Zweifel sind bedeutende Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, die in den kommenden Jahren weiterverfolgt und nachjustiert werden müssten, um die EU wettbewerbsfähig zu machen und ihrer Verpflichtung nachzukommen, bis 2050 klimaneutral zu sein. Im Europäischen Parlament werden aber Stimmen aus der EVP, EKR und Renew laut, man benötige hierbei eine Pause. Die EVP möchte eine Neuausrichtung des europäischen Grünen Deals durchsetzen und warnt davor, dass umweltpolitische Maßnahmen ein Investitionsdefizit in Europa verursachen könnten. [...] Wenn Ursula von der Leyen wiedergewählt wird und ihr Kernprojekt der vergangenen Legislaturperiode glaubwürdig weiterverfolgen möchte, wäre sie eigentlich auf die Unterstützung der Grünen/EFA angewiesen. Die Frage ist, wie ernst es die EVP und Renew mit einem ambitionierten Deal wirklich meinen.

## **Wie weiter mit Reform und Erweiterung?**

Der zweite besonders bedeutende Bereich, dem sich eine neue Mehrheit im Parlament intensiv widmen müssen, ist die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU. 2019 hat niemand damit gerechnet, dass dieses Politikfeld wenige Jahre später durch eine derartige Dynamik geprägt sein wird. [...] Russlands Krieg gegen die Ukraine führt uns seit über zwei Jahren brutal vor Augen, dass die Erweiterung der EU eine geopolitische Notwendigkeit ist. Aber sie ist mehr als das, sie ist auch eine Chance für die Zukunft der EU. Zukünftige Erweiterungsrounds können allerdings nur zur Stärkung der EU beitragen, wenn sie mit grundlegenden Reformen einhergehen. [...] Die Reform- und Erweiterungsagenda muss in den nächsten Jahren von den EU-Institutionen vorangetrieben werden. Das ist allerdings nur möglich, wenn die EVP, S&D, Renew und die Grünen/EFA an einem Strang ziehen. Denn nichts liegt den antidemokratischen Kräften im Parlament ferner, als die Erweiterung der EU mit grundlegenden Reformen zu verbinden, die die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen. [...] Es wird in der folgenden Legislaturperiode darauf ankommen, dass diejenigen, die es ehrlich mit der Demokratie meinen, denjenigen rote Linien aufzeigen, die die Demokratie nicht ernst nehmen. Antidemokratischen Kräften devot und naiv die Hand zu reichen und sie dadurch salonfähig zu machen, wird die EU nicht handlungsfähiger, sondern fragiler und angreifbarer machen. [...] Dabei muss ein besonderer Fokus auf jungen Wählerinnen und Wählern liegen, die sich in erschreckend vielen Ländern zunehmend rechtsextremen Parteien zuwenden. [...] Der Rechtsruck ist in vielen Mitgliedstaaten keine Momentaufnahme. Es kommt nicht erst seit dieser Wahl darauf an, diesen Trend aufzuhalten. Gefragt sind hier selbstverständlich nicht nur die politischen Parteien, die Ergebnisse sind vielmehr ein Appell an alle demokratisch engagierten Menschen und Organisationen. Insbesondere mit Blick auf die im Laufe der neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments anstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag und zur französischen Präsidentschaft wird diese Aufgabe im Lichte der Ergebnisse der Europawahl besonders deutlich. Im Europäischen Parlament bedarf es einer Verantwortungskalition der demokratischen, pro-europäischen Kräfte. Diese Koalition muss sich für eine Erweiterung der Union stark machen, die Hand in Hand mit den dafür in allen Politikbereichen notwendigen Reformen geht, um die Handlungsfähigkeit einer demokratisch verfassten Union für die Zukunft zu gewährleisten. [...] Es wäre naiv zu glauben, dass das Fundament für diese europäische Demokratieerzählung eine Selbstverständlichkeit ist.

<https://www.boell.de/de/2024/06/12/europawahl-2024-ein-weckruf> -

*Die Heinrich-Böll-Stiftung e. V. (hbs) ist eine Stiftung, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahesteht.*